

Widerspruch zum Artikel „Gott geht nicht mehr an die Urne“

(Horizonte N3. 41/42 Seite 12)

Der Verfasser oder die Verfasserin (warum fehlt da der Name?) des Artikels polemisiert in völlig unzulässiger Weise gegen die CVP und ihren derzeitigen Präsidenten Gerhard Pfister, weil der zur Diskussion gestellte Namenswechsel offenbar nicht passt. Dazu meine folgende Replik.

Der Titel ist theologisch schlicht falsch. Gott ging noch nie an die Urne. Menschen gingen, gehen und werden auch in Zukunft an die Urne gehen. Es stimmt mich sehr nachdenklich, wenn im Artikel suggeriert wird, dass christliches Gedankengut nur dann in der Politik vertreten sei, wenn die CVP weiterhin ihren Namen beibehält. Ich selber politisiere in dieser Partei und distanziere mich klar und deutlich von einer solchen Anmassung. Auch Vertreter und Vertreterinnen der FDP, SP, SVP und allen anderen Parteien können durch christliche Werte in ihrem politischen Engagement motiviert sein.

Wer die Entwicklungen in der Parteienlandschaft in der Schweiz nicht gänzlich ausblendet, kann sich den folgenden Tatsachen nicht verschliessen:

Die ehemalige Milieupartei der Katholischen Konservativen hat das unbestreitbare Verdienst der Einbindung der katholischen Stammlande in den nach dem verlorenen Sonderbundskrieg neu entstandenen Bundesstaat, der zu Beginn ausschliesslich von liberalen protestantischen Bundesräten geführt wurde. 1891 wurde die Partei mit dem Katholiken Joseph Zemp auch in den Bundesrat eingebunden.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben gesellschaftliche und kirchliche Entwicklungen (Vatikanisches Konzil und Synode 72) dazu geführt, dass die alte KK sich 1970 mit einem Namenswechsel zur heutigen CVP wandelte. Die Auflösung des katholischen Milieus, einst einigende Klammer der Partei, führte zum langsamen Erosionsprozess der CVP. Die Stammlande selber schwächeln zwar weniger als in anderen Kantonen. Trotzdem wird immer deutlicher, dass die Partei nur dann eine Chance hat, auch in Zukunft ihre staatstragende und ausgleichende Position zu halten, wenn es ihr gelingt, auch in den Städten und grösseren Agglomerationen Wähler und Wählerinnen anzusprechen. Die Zukunft der Partei wird dort und nicht im Wallis oder in der Innerschweiz entschieden. Wenn wir Bundesratspartei bleiben wollen, können wir uns diesen Tatsachen nicht verweigern. Als Alternative bieten sich ein Weiterserbeln und ein Fall in die Bedeutungslosigkeit an.

Ohne das christliche „C“ im Namen sei der Beweis erbracht, dass christliches und damit auch kirchliches Gedankengut nicht mehr erwünscht sind, behauptet der Artikel. Ich staune ob solch einfältiger Argumentation. Zunächst ist die Verknüpfung von christlich und kirchlich schlicht nicht haltbar. Dass die katholische Kirche mit ihren Skandalen und ihrem sturen Festhalten an biblisch nicht begründbaren Positionen (Zölibat, Ausschluss der Frauen, Empfängnisverhütung, etc.) ein Glaubwürdigkeitsproblem hat, kann nicht übersehen werden. Damit ist aber die Kraft der christlichen Botschaft nicht automatisch mitgemeint. Das zeigt auch der Vorschlag für einen neuen Namen mit einem neuen Auftritt: Die Mitte. Freiheit, Solidarität, Verantwortung. Wir müssen das „C“ nicht im Namen tragen, aber im Herzen und in der konkreten politischen Arbeit. Dem Parteiprogramm der Mitte fehlt es definitiv nicht an einem klaren Bekenntnis zu christlichen Werten. Der politische Gegner kann uns in Zukunft nicht mehr billig als die ewig gestrigen Katholiken in eine Ecke stellen. Die Mitte ist auch attraktiv für eine Generation, die nicht mehr konfessionell sozialisiert wurde.

„Name ist Schall und Rauch“, sagt Goethe in seinem Faust. Ich würde biblisch ergänzen: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16).

Kurt Wiedemeier, Baden